



NIEDERSCHRIFT

über die 38. Sitzung des Stadtrates der

Stadt Landau in der Pfalz

am Donnerstag, 04.07.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:03

Ende: 19:35



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn bis TOP 2 19.03 Uhr

Rudolf Boesche

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel ab TOP 1 17.07 Uhr

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals ab 18.03 Uhr TOP 1
bis 18.55 Uhr TOP 2

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger ab TOP 1 18.16 Uhr

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

ab TOP 1 17.11 Uhr

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Kurt Degen

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Sascha Reinhard

(Projektteilung Landesgartenschau)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Matthias Schmauder

(Geschäftsführer Landesgartenschau 2014 gGmbH)

Sonstige

Michael Niedermeier

(Leiter Pressestelle)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Schröer



Zu dieser Dringlichkeitssitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung unter Verkürzung der Einladungsfrist eingeladen worden.

Der Vorsitzende stellte zu Beginn der Sitzung gemäß § 34 Abs. 3 Satz 2 Gemeindeordnung die Dringlichkeit der Sitzung fest. Er wies darauf hin, dass vor Beratung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 jeweils noch die Dringlichkeit des jeweiligen Punktes durch den Stadtrat bestätigt werden müsse.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel
Vorlage: 240/029/2013
2. Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für zusätzliche Sondierungsmaßnahmen im
"Wohnpark Am Ebenberg"
Vorlage: 860/193/2013
3. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel

Der Vorsitzende ließ zunächst die Dringlichkeit des Tagesordnungspunktes 1 bestätigen.

Der Stadtrat bestätigte einstimmig die Dringlichkeit dieses Tagesordnungspunktes.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 1. Juli 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Mit der Summe von 751.265 Euro habe man den Worst-case aufgezeigt. Er stelle ausdrücklich fest, dass die Stadt Landau dem Land zu außerordentlichem Dank verpflichtet sei, für die bisherige Unterstützung. Gartenschauen seien nur deshalb in relativ kurzer Zeit durchzuführen, weil es mündliche Absprachen gab, denen die schriftlichen Fixierungen folgten. Man habe feststellen müssen, dass das zähle was schriftlich vorliege. Deshalb sei auch das Innenministerium für die Sporthalle zuständig. Man habe nie versucht, aus der Sporthalle eine Mehrzweckhalle zu machen. Das Verfahren sei von Anfang an transparent gewesen, der Rat habe es stets begleitet. Vor einem Jahr hätte man diskutieren können, wenn man auf dieses Problem aufmerksam gemacht hätte. Das Konzept sei eindeutig, es handle sich um einen Sport- und Freizeitcampus. Man müsse nun die Zuständigkeiten der Ministerien akzeptieren, zuständig sei das Innenministerium. Im Innenministerium laufe es unter der Sportstättenförderung mit maximal 40 % Zuschuss. Gefördert werde maximal eine Maßnahme pro Jahr. Man habe daher parallel im Sportstättenbeirat die Priorität für 2013 verändert. Die vorgesehene Halle des Turnvereins im ASV Landau musste daher weichen. Das Innenministerium wolle die Stadt im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen. In diesem Sinne sollte man darauf einwirken, dass nicht der Worst-case mit 751.000 Euro eintrete, sondern man deutlich darunter bleibe. Auf eine Summe könne er sich dabei heute nicht festlegen. Er stelle klar, dass er nicht den geringsten Zweifel an seinen Mitarbeitern habe, die seit Jahren ihre Arbeit zuverlässig und kompetent erledigen. Auf diese Mitarbeiter könne man sich zu 150 % verlassen.

Über die im Antrag der CDU genannte Summe, auf die die Mehrausgaben begrenzt werden sollten, könne man reden. Es müsse nur klar sein, dass bei Nichterreichen dieses Zieles eine weitere Sondersitzung des Stadtrates nötig werden könnte. Er bitte darum, die Dinge heute nicht zu zerreden. Es gebe Zeiten, da balle man die Faust in der Tasche. Entscheiden sollte man dennoch im Sinne der Stadt.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass uns die Nachricht, dass für die Sporthalle nicht die erwarteten Zuschüsse fließen, kalt erwischt habe. Es sei Ernüchterung eingetreten. Man habe die feste Erwartung auf 80 % Zuschuss gehabt, allerdings sei man sich vielleicht auch zu sicher gewesen. Was die bisherigen Gespräche angehe, so hätte er sich einen rechtzeitigen Warnhinweis gewünscht. Er bedauere, dass dies nicht erfolgt sei. Man sei mit hoher Geschwindigkeit in eine Sackgasse gefahren, eine für die Stadt teure Erkenntnis. Dem jetzt federführenden Innenministerium könne man keinen Vorwurf machen. Das Ministerium habe seine Haltung deutlich und nachvollziehbar erläutert. Er sei hoffnungsfroh, dass sich eine Lösung abzeichne die uns mit zwei blauen Augen davonkommen lasse. Man müsse die Situation pragmatisch sehen, das Rad könne man nicht mehr zurückdrehen. Die Halle werde fertig gestellt, alles andere wäre wirtschaftlicher Unsinn. Es bleibe bei der Geschäftsgrundlage mit 2 Zwei-Feld-Hallen und dieser Ein-Feld-Halle für eine angemessene Ausstattung mit Sportstätten. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu, weil es nach Abwägung aller Aspekte keine Alternative gebe.

Ratsmitglied Lerch bezeichnete die Sache als alles andere als angenehm. Die Emotionen in der CDU-Fraktion seien hochgekocht. Ursprünglich habe man ja die bestehende Halle für 200.000 Euro sanieren wollen. Dann sei deutlich vermittelt worden, dass an einem anderen Standort eine neue Ein-Feld-Sporthalle für 1,2 Millionen Euro mit 80 % gefördert werde. Die Aussage sei klar gewesen, 80 % nur an diesem Standort. Man sollte auf die Zusagen von Vertretern der Landesregierung vertrauen können. Die Halle koste jetzt incl. der Nebenkosten ca. 1,6 Millionen Euro, bekomme jetzt aber statt 80 % nur noch 40 %. Das Worst-case der Verwaltung heiße 750.000 Euro Mehrkosten für die Stadt. Wenn man



bedenke, um welche Beträge man hier im Stadtrat ringe, egal ob im sozialen Bereich oder im kulturellen Bereich, dann täten 750.000 Euro richtig weh.

Das Ministerium habe angekündigt, dass es die gesamte Sporthallensituation unter die Lupe nehme. Man müsse davon ausgehen, dass auch der Zuschuss für die Ersatzhalle zur Rundsporthalle wacklig sei. Er wette, dass die jetzt von der Prioritätenliste genommene Sporthalle des Turnvereins im ASV auf Jahre nicht realisiert werde. Die CDU wolle diese Halle dort nicht haben zu diesem Preis. Am liebsten würde man abrechnen und die Sache zurückdrehen. Dann habe man aber eine Ruine zum gleichen Preis. Der Rat sei nun aber gezwungen, eine Entscheidung zu treffen, die keiner so richtig wolle aber alternativlos sei. Dies könne nicht richtig sein und dürfe auch nicht mehr passieren. Deshalb hätten die Koalitionsfraktionen diesen Antrag formuliert. Man wolle die überplanmäßigen Mittel auf maximal 500.000 Euro begrenzen. Damit wolle man der Verwaltung den Druck geben, jedes Mittel der Einsparung auszuschöpfen. Weiter wolle man, dass der Ablauf dieses Verfahrens bis zum heutigen Tag genauestens untersucht, schriftlich fixiert und den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird. Man könne erst etwas vermeiden, wenn man die Ursache kenne. So könne man auch prüfen, ob es einen Vermögensschaden für die Stadt gebe und ob dieser dann der Haftpflichtversicherung gemeldet werden könnte. Das Land werde mit dieser Entscheidung von seiner Gesamtzusage über 27 Millionen Euro entlastet. Daher sollte mit dem Land sehr intensiv über Kompensationsmöglichkeiten verhandelt werden. Mit diesen drei Anträgen glaube man, den finanziellen Schaden für die Stadt so gering wie möglich halten zu können. Wenn diese Anträge eine Mehrheit im Stadtrat fänden, dann könne die CDU-Stadtratsfraktion in Gesamtverantwortung für die Stadt der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Ellinghaus sagte, dass auch die Grünen richtig ärgerlich seien. Der Stadtrat werde immer mehr von einem Entscheidungsgremium zu einem getriebenen Gremium. Man renne hinter der Landesgartenschau her, dies nerve gewaltig. Es sei nicht Art der Grünen, in dieser Situation einen Schuldigen zu suchen. Zumal man nicht sicher sei, wo die Schuldigen sind. Jetzt habe man letztlich nur noch die Wahl zwischen bezahlen und nicht bauen oder bezahlen und bauen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde vor dieser Wahl stehend der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth bezweifelte, dass die Aussagen des Innenministeriums, die Mehraufwendungen für die Landesgartenschau könnten irgendwie kompensiert werden, so zu halten seien. Das ganze sei sehr ärgerlich. Es sei schon richtig, kein Öl ins Feuer zu gießen. Ross und Reiter müsse man aber schon nennen dürfen. Dies habe uns das Land eingebrockt, genauso wie die Schülerbeförderung und die Schulbuchausleihe. Klar sei, dass man die Halle fertig bauen müsse. Allein schon deshalb, weil man gar nicht wisse wie die Sache mit der Rundsporthalle ausgehe. Mittlerweile werde ja auch offen kommuniziert, dass die Landesgartenschau möglicherweise ein Jahr später stattfinde. Die FWG würde eine Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag von CDU, FWG und FDP begrüßen, um einen Deckel auf die Kosten zu bringen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass man die Situation mit Befremden und großer Verärgerung sehe. Der FDP sei es aber zu einfach, die Vorlage einfach abzunicken. Daher könne die FDP-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage in dieser Fassung nicht zustimmen. Die Situation eingebrockt haben andere, die Suppe auslöffeln dürfe der Rat. So einfach könne es nicht sein. Es habe mehrfach die Zusage gegeben, dass diese Halle mit 80 % gefördert werde. Jetzt stelle sich heraus, dass man auf Sand gebaut habe. Vertrauen entstehe anders, die FDP habe das Vertrauen gegenüber der Landesregierung jetzt gänzlich verloren. Das Umweltministerium schiebe nun die Zuständigkeit an das Innenministerium ab. Mit Blick auf das Schloßhotel in Bad Bergzabern komme ihm dies wie eine Blaupause vor. Eine Erpressung über die Folgekosten sollte man nicht mit sich machen lassen. Im Sinne des gemeinsamen Antrages fordere man mehr Transparenz und Nachhaltigkeit, sowie eine Begrenzung der freizugebenden Mittel auf höchstens 500.000 Euro.

Ratsmitglied Marquardt unterstrich, dass die Sitzungsvorlage deutlich mache, auf welch dünnem Eis die Finanzierung der Landesgartenschau gebaut sei. Kein guter Kaufmann würde ein Projekt in Angriff nehmen, wenn nicht die Finanzierung in Schriftform gesichert sei. Dies mache aber deutlich, wie leichtgläubig sich Kommunalpolitiker auf Kamikazespiele einlassen. Offenbar sei nicht nur im



Stadtvorstand die Höhe der Förderquote das einzige Kriterium für die Realisierung eines Projektes. Den Schwarzen Peter trage weder der Rat, noch die Verantwortlichen in der Verwaltung oder in den Ministerien, sondern einzig der Bürger. Das UBFL handle nicht nach der Devise Augen zu und durch. Man wolle die Risiken für die Bürger einschätzen und bewerten können. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde weder der Sitzungsvorlage noch dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Schwarzmüller konnte nicht nachvollziehen, wo plötzlich im Haushalt so viel Geld herkommen solle, um diese Mehrkosten abzudecken. Auch die Argumentation, 80 % Förderung sei für sie nicht nachvollziehbar. Auch dann bleibe noch ein Eigenanteil von 20 %, den der städtische Haushalt aber auch nicht habe. Sie könne dieser Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass man den Weg zu dieser Halle gemeinsam gegangen sei. Man sei von den gleichen Voraussetzungen ausgegangen. Er könne dem Antrag von CDU, FWG und FDP zustimmen. Aus heutiger Sicht hätte es vor über einem Jahr eines Hinweises vom Land bedurft, das man sich zwischen Mehrzweckhalle und Sporthalle entscheiden müsse. Dann wäre man sicherlich zu einem anderen Ergebnis gekommen. Er schlage vor, dass man den Betrag von 751.000 Euro gemäß dem Antrag auf 500.000 Euro begrenzt. Nach der sitzungsfreien Zeit könne man die unter Punkt 2 des Antrages eingeforderten Unterlagen vorlegen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron bat um eine Sitzungsunterbrechung, damit man den erst in der Sitzung eingereichten Antrag untereinander besprechen könne.

Der Vorsitzende entsprach der Bitte der SPD-Stadtratsfraktion und unterbrach um 17.46 Uhr die Sitzung.

Um 17.57 Uhr setzte der Vorsitzende die unterbrochene Sitzung fort.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte daran, dass immer klar gewesen sei, dass wir einen Sport- und Freizeitcampus haben. In dem liege nicht nur die Sporthalle, sondern auch zwei Kleinspielfelder und eine Skate- und Bikeanlage. Hier stelle sich die Frage, ob diese auch in die 40 %- Förderung gehen oder bei den 80 % bleiben.

Herr Schmauder erläuterte, dass in der Machbarkeitsstudie die Sporthalle nicht vorgesehen gewesen sei. Erst im Wettbewerbsverfahren sei die Idee entstanden, das Funktionsgebäude mit einer neuen Halle zu verbinden. Es gebe derzeit keinerlei Anzeichen, dass diese anderen Sportanlagen nicht mit 80 % gefördert werden. Diese seien im Antrag, der dem Land vorliege, enthalten.

Ratsmitglied Doll fand es bemerkenswert, wie SPD und Grüne hier versuchten, die Unfähigkeit und das Kompetenzgerangel der Landesregierung positiv darzustellen. Man wisse sehr wohl, wo die Schuldigen sitzen. Ihn interessiere aber vielmehr, wo die Mehreinnahmen zur Deckung der überplanmäßigen Mittel herkämen. Bei der Sanierung der Turnhalle Queichheim seien keine 10.000 Euro da gewesen, hier gebe man mal eben 750.000 Euro frei. Es stelle sich schon die Frage, ob hier mit zweierlei Maß gemessen werde.

Der Vorsitzende bat bei allem Verständnis für die Emotionalität, jetzt kein Porzellan zu zerschlagen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass heute keine Zeit für Muskelspiele sei. Man sollte das ganze so sachlich wie möglich behandeln mit dem Ziel, das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Nach der Verwaltungsvorlage beschließe man heute eine Summe von 750.000 Euro als Maximalbetrag. Er gehe davon aus, dass dieser Betrag nicht voll ausgeschöpft werde. Es sei nicht angebracht, sich an einen bestimmten Betrag zu binden, daher könne die SPD-Fraktion sich dem Punkt 1 des Antrages nicht anschließen. Man habe vollstes Vertrauen in die Verhandlungskompetenz der Verwaltung. Den Punkten 2 und 3 des Antrages werde man zustimmen.



Ratsmitglied Dr. Migl sah auch eine Verantwortung bei der Stadtspitze. Man hätte auf eine schriftliche Zusage des Landes bestehen müssen. Sie sei entsetzt, dass schon mit dem Bau begonnen wurde ohne die schriftliche Förderzusage zu haben. Hier habe man die nötige Sorgfalt vermissen lassen. Sie rege an, andere mündliche Zusagen schriftlich absichern zu lassen. Man müsse sich hier auch verwaltungsimtern an der Nase packen und könne nicht einfach so weitermachen.

Ratsmitglied Dr. Wissing erklärte, für sie sei es vollkommen unverständlich, wie Mitarbeiter der Ministerien monatelang bei Besprechungen sitzen könnten ohne zu wissen wer zuständig sei. Sie wolle sich nicht erpressen lassen, egal ob dies 500.000 Euro oder 750.000 Euro seien. Den Fehler sehe sie eindeutig bei der Landesregierung. Das Land solle den Bürgern diese Mehrkosten von 750.000 Euro erklären, sie wolle diese Verantwortung nicht übernehmen. Sie werde weder der einen noch der anderen Summe zustimmen.

Der Vorsitzende bat eindringlich, die Konsequenzen aus dieser Emotionalität zu bedenken. Er appelliere nochmals mit dem Kopf zu entscheiden, nicht mit dem Herzen.

Ratsmitglied Hott stellte den Bedarf für diese Halle nicht in Abrede. Gerade bei den signalisierten 80 %-Förderung durch das Land sei die Halle eine sinnvolle Sache gewesen. Jetzt stehe die Bodenplatte und man könne nicht mehr zurück. Aber man müsse sich überlegen, wie die Zusagen bei dem übrigen Sportbereich aussehen. Es müsse die Frage erlaubt sein, ob man wirklich alles brauche was geplant sei. Er wisse auch nicht, wie weit man hier schon in Vorleistung getreten sei. Hier bitte er um entsprechende Prüfung.

Ratsmitglied Ellinghaus erinnerte daran, dass die Stornokosten für die Halle bei 750.000 Euro lägen. Was bringe dann eine Deckelung auf 500.000 Euro? Eine Kündigung der eingegangenen Verpflichtungen mache wirtschaftlich keinen Sinn. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne dem Punkt 1 des Antrages ebenfalls nicht zustimmen.

Der Vorsitzende unterstrich nochmals, dass er Verständnis für die Gefühlslage der Ratsmitglieder habe. Er appelliere, den Kopf einzuschalten und zu reflektieren wie die Situation sei. Es wäre abstrus, für 750.000 Euro eine Bodenplatte zu finanzieren. Dies wäre der größte Schuldbürgerstreich. Bei den engen Fristen für Gartenschauen könne man nicht auf schriftliche Förderzusagen warten. Bisher habe man sich auf die Zusagen des Landes auch bei den Bewilligungsbescheiden stets verlassen können. Jetzt gebe es diesen Konflikt. Man habe keine andere Möglichkeit als diesen Weg mit der Landesregierung bis zur Landesgartenschau weiterzugehen. Ziel müsse sein, dass die Landesgartenschau ein Erfolg werde. Er habe kein Problem, den Betrag auf 500.000 Euro zu deckeln. Dies könne ja nur ein Signal sein.

Ratsmitglied Scheid sagte, dass ja auch der Betrag im Falle einer Stornierung irgendwie bezahlt werden müsse. Für diesen Betrag wäre es eine teure Bodenplatte. Er sei dann lieber für die Variante, die Halle zu bauen. Es sei aber nicht redlich, den Betrag zu deckeln und dann in 2 Wochen nachbessern zu müssen.

Ratsmitglied Lerch hielt es für wichtig, dass der Rat nicht reagiere, sondern agiere. Im Moment hetze man nur hinterher und komme zu alternativlosen Entscheidungen. Insofern sei es schon ein Signal, dass der Rat das Heft in die Hand nehme. Die 500.000 Euro, die man vorschlage, seien natürlich nicht garantiert, aber sie seien realistisch. Dieser Beschluss solle Motivation sein, dieses Ergebnis auch zu erreichen.

Ratsmitglied Kautzmann ging auf die Ausführungen von Herrn Ellinghaus ein. Es sei dies hier kein juristisches Symposium. Hier gehe es nicht darum, ob die 750.000 Euro nötig seien oder nicht. Es gehe um ein politisches Signal und nicht darum, ob man die Hacken zusammenschlage und den rot-grünen Koalitionsfreunden in Mainz widerspruchslos folge. Es gehe eben nicht „Weiter so“. Er appelliere an den Stadtrat diesen Antrag mitzugehen und das Signal zu senden, dass der Rat bereit sei Opfer zu bringen, aber nicht in jeder Höhe. Es könne nicht sein, dass der eine bestelle und der andere



bezahle. Man könne nicht Zusagen machen zu denen man nicht stehe und das dann zum Prinzip erklären. Dies sei schlechter politischer Stil. Der Rat müsse nicht alles schlucken, was von Mainz präsentiert werde.

Ratsmitglied Burekhardt hakte nochmals nach, woher die überplanmäßigen Mittel kämen, die man benötige.

Ratsmitglied Dr. Leydecker sah die im Antrag vorgeschlagenen 500.000 Euro nicht als Verhandlungsmasse, sondern als absolute Obergrenze.

Ratsmitglied Ellinghaus wies die Ausführungen von Herrn Kautzmann zurück. Er schlage nicht die Hacken zusammen, wenn die Kommandos aus Mainz kämen. Zusammen mit seinem Fraktionskollegen Herr Herdel sei er gegen die Landesgartenschau gewesen. Trotzdem wolle er dies konstruktiv begleiten.

Der Vorsitzende wies auf die seit Jahren sehr positive Entwicklung der Stadt hin. Diese ganze Entwicklung hätte man ohne das Land nicht geschafft. Er bitte inständig darum, wegen dieses Konfliktes nicht das Ganze in Frage zu stellen. Er sehe die Ernsthaftigkeit der Situation, bitte aber um einen Gesamtblick.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Auskunft, wie sich die Stornokosten von 750.000 Euro zusammensetzen. Es sei auch die Frage, ob eine Verschiebung der Landesgartenschau um ein Jahr nicht mehr Spielraum geben würde.

Herr Degen erläuterte zu der Herkunft der überplanmäßigen Mittel. Es seien zum einen Gelder aus der Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen und zum anderen Gelder aus dem Mittelabruf und der Abrechnung zu Maßnahmen aus der Städtebauförderung. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes im Herbst vergangenen Jahres sei dies in dieser Höhe nicht bekannt gewesen. Insgesamt seien so in den letzten vier Wochen 650.000 Euro eingegangen. Zusätzlich habe das Gebäudemanagement 400.000 Euro Landesmittel für die Grundschule Wollmesheimer Höhe, die erst nächstes Jahr eingepplant waren, schon dieses Jahr bekommen.

Herr Schmauder ergänzte, dass man die Stornokosten so genau wie möglich berechnet habe. 90 % der Aufträge seien erteilt, um die Halle rechtzeitig bis April 2014 fertig zu bekommen. In den Stornokosten seien die Planungskosten, die bereits gebaute Bodenplatte, die Kosten der Statik und die bereits getätigten Rohbauarbeiten enthalten. Die bisherigen Gartenschauen in Rheinland-Pfalz hätte man nicht geschafft, wenn man immer erst auf die schriftlichen Zusagen gewartet hätte. Bis zur letzten Landtagswahl sei die Zuständigkeit für die Landesgartenschauen beim Wirtschaftsministerium gewesen. Auf die Zusagen des Wirtschaftsministeriums habe man sich immer verlassen können. Man habe die schriftliche Zusage einer Förderung von 27 Millionen Euro bei einem Eigenanteil von 8 Millionen Euro. Die Projekte auf dem Sport- und Freizeitcampus seien seit zweieinhalb Jahren geplant und in der Maßnahmentabelle mit dem Fördersatz 80 % aufgeführt. Es gebe überhaupt kein Signal, dass sich an den Förderquoten mit Ausnahme der Sporthalle etwas verändern werde.

Ratsmitglied Heuberger machte deutlich, dass Voraussetzung für die Zustimmung der CDU zur Landesgartenschau gewesen sei, dass die Zusage des Landes über das Förderpaket schriftlich vorliege. Man wollte die Finanzierung der Landesgartenschau in festen Tüchern haben. Nun mache die Landesregierung von ihrer Zusage einen Rückzieher. Er fühle sich getäuscht und sei enttäuscht hierüber.

Der Vorsitzende lies zunächst über Punkt 1 des Antrages von CDU, FWG und FDP abstimmen.

„Die überplanmäßigen Haushaltsmittel sind auf 500.000 Euro zu begrenzen.“

Mit 19 Ja-, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wurde dieser Antrag abgelehnt.



Ratsmitglied Lerch bat um eine weitere Sitzungsunterbrechung, damit man innerhalb der Fraktion das weitere Vorgehen besprechen könne.

Der Vorsitzende entsprach der Bitte der CDU-Stadtratsfraktion und unterbrach um 18.42 Uhr die Sitzung.

Um 18.48 Uhr setzte der Vorsitzende die unterbrochene Sitzung fort.

Ratsmitglied Lerch griff die Aussage von Herrn Dr. Ingenthron auf, heute keine Muskelspiele zu betreiben. Er führe seine eigenen Worte ad absurdum, das was die SPD betreibe sei ein reines Muskelspiel. Die Stimmung in der CDU stehe auf klare Ablehnung. In der Verantwortung für die Stadt und unter Zurückstellung von Gefühlen und Bedenken würden sich die Fraktionen von CDU und FWG enthalten. Es sei der Versuch gewesen, in der Sache zu einem gemeinsamen Konsens zu kommen. Er bedaure, dass dies wegen des Verhaltens der SPD und der Grünen nicht möglich gewesen sei.

Ratsmitglied Freiermuth begründete nochmals die Haltung der FWG. Eine Ablehnung des Vorschlages könne ein Schaden für die Stadt bedeuten. Gerade der Sport sei elementar wichtig für die Jugend unserer Stadt. Das Verhalten der SPD sei reine Sturheit.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron respektierte die Entscheidung von CDU und FWG sich bei der Abstimmung zu enthalten. Auch wenn es unterschiedliche Positionen gebe, so sei es doch das Anliegen aller, dass die Stadt möglichst wenig draufzahle.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 16 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen:

die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 751.265 Euro als städtischen Eigentil zum Bau der Sporthalle auf dem Gelände der Landesgartenschau.

Der Stadtrat beschloss einstimmig auf Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP:

- 1. Der Ablauf dieses Vorganges ist genau zu ermitteln, zu dokumentieren und hierüber den Fraktionen zu berichten.**
- 2. Die Stadt soll in konkrete Verhandlungen mit dem Land treten, um den Gesamtzuschuss des Landes für die Landesgartenschau über ca. 27 Millionen Euro vollständig ausschöpfen zu können.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für zusätzliche Sondierungsmaßnahmen im "Wohnpark Am Ebenberg"

Der Vorsitzende ließ zunächst die Dringlichkeit des Tagesordnungspunktes 2 bestätigen.

Der Stadtrat bestätigte einstimmig die Dringlichkeit dieses Tagesordnungspunktes.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 3. Juli 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Oberstes Prinzip sei, dass Sicherheit vorgehe. Dies gelte für die Bauarbeiter, für die künftigen Besucher der Landesgartenschau und auch für die künftigen Bewohner des Wohnparks Am Ebenberg. Es seien nach dem Fund von fünf Bomben weitergehende Maßnahmen auf dem LGS-Gelände notwendig. Die akute Gefährdungsanalyse werde durch ein Gutachterbüro erstellt. Hierfür brauche man ein erstes Budget von 150.000 Euro. Zu untersuchen seien rund 30 Hektar, ein zeitliches Budget für diese Maßnahmen gebe es noch nicht. Bei der Sondierung würden im wesentlichen zwei Methoden angewandt, nämlich die Geo-Radar-Messung und die Elektromagnetische Messung.

Bundesweit übernehme der Bund beim Verkauf von Liegenschaften kein Kampfmittelrisiko. Deswegen seien bereits 2004 als Vorbereitung auf die eigentumsrechtliche Übernahme des Kasernengeländes Estienne-Foch Luftbildauswertungen vorgenommen worden. Im Kasernengelände seien 9 Blindgängerverdachtspunkte festgestellt und untersucht worden. Die Untersuchungen an 273 Punkten hätten kein Ergebnis gebracht und wurden daher „freigemessen“. Die Messungen seien ab 2009 durchgeführt worden, da das Gelände zuvor Bundeseigentum und damit für die Stadt nicht zugänglich gewesen sei. Weiter seien im Rahmen der Zuständigkeit der Deutschen Bahn im Kohlelager zwei weitere Verdachtspunkte festgestellt worden. Auch hier seien die Untersuchungen ohne Ergebnis gewesen. Angesichts der unauffälligen Verdachtspunkte sei die Stadt Landau bisher von einer grundsätzlichen „Kampfmittelfreiheit“ ausgegangen, die man gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz auch im Rahmen der Bewerbung zur Ausrichtung der Landesgartenschau 2014 bestätigt habe.

Der Umgang mit Kampfmitteln sei heute ein ganz anderer als noch vor wenigen Jahren. Mit Stand heute könnte man eine Bewertung „kampfmittelfrei“ nicht mehr abgeben, hier müsse man sich korrigieren. Er gehe davon aus, dass in 3 bis 4 Wochen erste Ergebnisse der Sondierungen vorliegen. Das Thema sollte man nicht dramatisieren, aber auch nicht herunterspielen. Klares Ziel sei es, den Eröffnungstermin 17. April 2014 zu halten. Natürlich könne man eine Verschiebung nicht ganz ausschließen, der Staatssekretär im Umweltministerium habe sich ja schon entsprechend geäußert. Die Fragen werde man so gut wie möglich beantworten. Er stelle aber ganz deutlich heraus, dass man dies alles nicht wider besseres Wissen getan habe. Es gelten die Kriterien zuerst Sicherheit und dann Qualität der Gartenschau. Was man nicht wolle, sei eine Gartenschau wie in Hamburg mit braunen Flächen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass Landau nun von der Last der Vergangenheit eingeholt werde. Nach vielen Jahrzehnten seien aus den Kampfmitteln des Krieges tickende Zeitbomben geworden. Dass das Gebiet des künftigen Wohnparks Am Ebenberg kampfmittelfrei sei, könne heute niemand mehr behaupten. Das gesamte Areal der Landesgartenschau sondieren zu lassen, sei die erste und richtige Konsequenz. Man werde der Sitzungsvorlage zustimmen, da man eine sichere Landesgartenschau wolle. Die Zeit, bis zur Eröffnung der Landesgartenschau werde dabei immer knapper. Von daher seien die Bombenfunde gerade noch rechtzeitig und hoffentlich nicht zu spät. Jetzt schon über eine Verlegung auf 2015 zu reden, halte er für verfrüht. Für die Stadt Landau im ganzen werde man nie sagen können, dass sie kampfmittelfrei sei. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass bei der Aussage „Sicherheit zuerst“ Konsens bestehe. Auch er sei der Überzeugung, dass es der erste richtige Schritt ist, diese Untersuchung zu machen, um mehr Erkenntnisse zu bekommen. Erst wenn in 3 bis 4 Wochen erste Ergebnisse der



Gefährdungsanalyse vorliegen, könne man weitere Entscheidungen treffen. Dann wenn Fakten vorlägen, müsse man auch klare Entscheidungen treffen. Im jetzigen Stadium von einer Verschiebung zu sprechen, wie es der Staatssekretär heute gemacht habe, sei unverantwortlich. Dies sei schädlich für die Landesgartenschau, für die Stadt Landau und auch für das Land Rheinland-Pfalz. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Brunner teilte mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage ebenfalls zustimmen werde. Zum einen gehe die Sicherheit vor und zum zweiten sollen die Leute dort auch bauen können. Sie hoffe, dass die Untersuchung möglichst schnell und problemlos abgeschlossen werden könne.

Ratsmitglied Volkhardt sah in der Belastung mit Kampfmitteln das eigentliche Problem, denn das Zeitfenster bis zur Eröffnung der Landesgartenschau werde beängstigend klein. Die Sicherheit der Menschen habe absolute Priorität. Dem Ministerium habe man im Vorfeld Kampfmittelfreiheit mitgeteilt. Diese Zusicherung der Kampfmittelfreiheit werde uns noch schwer im Magen liegen. Neben den erhöhten Kosten bringe uns auch der Zeitverlust in Bedrängnis. Gerade jetzt in der besten Zeit für Tiefbauarbeiten würden die Bagger still stehen. Es sei deshalb dringend notwendig, einen Plan B zu entwerfen. Dabei müssten alle Anstrengungen auf den Eröffnungstermin 17. April 2014 ausgerichtet sein. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Ratsmitglied Silbernagel war ebenfalls der Auffassung, dass es unumgänglich sei, solche Prüfungen durchzuführen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu. Dabei müsse es oberste Devise sein, die Landesgartenschau 2014 durchzuführen.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass es jedem klar gewesen sein müsste, dass es sich hier um ein Risikogebiet handelt. Er frage sich, ob es vor Inbetriebnahme des Geothermiekraftwerkes dort Sondierungen gegeben habe. Wenn nein, stelle sich die Frage ob kleinere Erdstöße eine Selbstzündung der Bomben auslösen könnten. Weiter frage er, inwieweit bei privaten Geländen eine Sondierung durchgeführt werde. Er sei etwas verwundert, warum der Auftrag an eine Firma in Weimar vergeben worden sei. Es gebe auch in der Nähe durchaus kompetente Firmen. Dennoch sei klar, dass Sicherheit vor gehe. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Vorsitzende unterstrich, dass der Stand in 2013 ein anderer sei als noch vor 2 oder 3 Jahren. Es gab nie eine politische Debatte zum Thema Kampfmittel, auch nicht im Stadtrat. Die jetzt eingetretene Häufung an Bombenfunden habe die Stadtspitze jetzt besorgt. Er nehme das sehr ernst und habe daher auch seine Urlaubsreise storniert, um in Landau erreichbar zu sein. Wenn Ergebnisse bekannt seien, werde man jeweils die Fraktionsvorsitzenden in Kenntnis setzen und auch unter Umständen nochmals zu einem Ältestenrat einladen. Falsch wäre in Panik zu verfallen, man müsse ruhig und bedächtig handeln.

Ratsmitglied Dr. Leydecker sprach die Probleme mit der Bewertung der Grundstücke an. Er wollte wissen, ob diese Bombenfunde Einfluss auf diese Bewertung und damit auf die Kaufpreise der Grundstücke hätten.

Der Vorsitzende bat um Verständnis, dass er dies jetzt nicht beantworten könne. Dies müsse man auch im Verfahren neu prüfen. Wenn Privatpersonen Gelände vom Bund erworben hätten, müssten die gleichen Bedingungen gelten.

Bürgermeister Hirsch unterstrich, dass man jetzt mit der Überprüfung beginne, welche Verdachtsmomente es im Stadtgebiet gebe. Man stehe am Beginn eines Gesamtkonzeptes, das Geothermiewerk werde natürlich Bestandteil der Gefährdungsbeurteilung sein.

Herr Schmauder ergänzte zu den Ausführungen von Herrn Marquardt, dass etliche Firmen angefragt worden seien. Es gehe letztlich um freie Kapazitäten, die viele Firmen einfach nicht hätten.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für Maßnahmen zur Bewertung und Sondierung von Flächen im Wohnpark Am Ebenberg auf die Belastung mit Kampfmitteln werden außerplanmäßig 150.000 € bereitgestellt.**
- 2. Die Projektteilung des EWL wird mit der Koordinierung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verschiedenes

Herr Götz informierte, dass man das Verfahren der Grundstücksveräußerungen im Bürgergraben ausgesetzt habe. Der Grund sei, dass man weitere Erkundungsmaßnahmen durchführen müsse. Man habe ein Baugrundgutachten aus dem Jahr 1997, in dem stehe dass keine umweltgefährdenden und wassergefährdenden Stoffe im Boden seien. Jetzt habe sich herausgestellt, dass flächendeckend Auffüllungen aus dem 2. Weltkrieg vorhanden seien. Weitere Sondierungen hätten zu deponierendes Material zu Tage gebracht. Dies sei jetzt eine neue Lage, die man den zukünftigen Eigentümern nicht aufbürden wolle und könne, das Risiko sei zu hoch. Sensibilisiert durch die Bombenfunde habe man sich auch dort die Luftbilder angesehen. Dabei habe man auch dort Bombentrichter festgestellt. Man müsse auch dies überprüfen lassen, was ungleich schwieriger sei. Es müsse erst ein sondierungsfähiges Bodenmaterial geschaffen werden. Hierfür brauche man ein Konzept, daher habe man das Verfahren jetzt ausgesetzt.

Der Vorsitzende unterstrich, dass dies verantwortliches Handeln sei. Dies seien die Nachwirkungen aus dem zweiten Weltkrieg. Man werde noch Jahrzehnte damit zu tun haben.

Ratsmitglied Ellinghaus wollte wissen, ob schon gesagt werde könne, welche Art von Altmaterial gefunden worden sei.

Herr Götz erläuterte, dass eine Probe zu deponierendes Material gezeigt habe. Aber weder die Mächtigkeit noch die Zusammensetzung könne derzeit gesagt werden. Genau dies müsse nun eruiert werden.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass es richtig sei jetzt genaue Untersuchungen zu machen, um klare Ergebnisse zu haben. Er bitte, zwei Alternativberechnungen zu machen, eine für Bebauung und eine für Nichtbebauung.

Ratsmitglied Scheid bat darum, zum Betreiber des Parkhauses in der Waffenstraße Kontakt aufzunehmen, da das Parkhaus in den Abendstunden und nachts dunkel sei.



Die Niederschrift über die 38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 04.07.2013 umfasst 3 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 25.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete